

Litauische Rundschau

Prels Einzeln. 50 Pf.

Einzig deutsche Tageszeitung in Litauen.
Organ der Partei der Deutschen Litauens.

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučio g-vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegraphadresse: Litru Kaunas.
Postscheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.
Nr. 24.

Kowno, Mittwoch, 9. Februar 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags Abonnementspreis für Inland per Post und Ausgabestellen für 1 Monat — 10. M. Für 8 Monate — 30 M. Fürs Ausland für 1 Monat — 25 M. Für 8 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 2 Mark. an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenteil) 4 M. 50. PL
Reklame die Zeile 3 Mark.
Preisänderungen behält sich die Redaktion vor.

Reparation und Regeneration.

Von Dr. Felix Pinner.

(Fortsetzung.)

Doch auch wenn man eine bestimmte Zahl der durch die Lieferungen an die Entente verursachten Inflation und Anstandsverschuldung (auch die letztere wirkt auf dem Umwege über die Verschlechterung der Valuta inflationsverschärfend) errechnet hat, wird man damit den Gesamteinfluss, den die Ausführung des Friedensvertrages auf unseren Notenumlauf ausübt, noch nicht erschöpfend charakterisiert haben. Jede Inflation hat die verhängnisvolle Wirkung, fortreizend neue Inflation zu gebären, und die Notennmassen, die infolge der gegenwertlosen Leistungen und Lieferungen an die Entente in den deutschen Verkehr gepumpt werden mussten, haben weitere Notenemissionen erzwungen. Denn die mit ihnen verbundene Geldentwertung musste die Beamten und Arbeiter, deren Lebensbedürfnisse mit den entwerteten Nominalbegehren nicht mehr befriedigt werden konnten, veranlassen, mit neuen Lohn- und Gehaltsforderungen hervorzutreten. Die Folge davon waren weitere Preissteigerungen, weitere Erhöhungen der Staatsausgaben, die durch Steuern nur zum Teil und nicht schnell genug gedeckt werden konnten und somit neuerlich zur Notenausgabe zwangen.

Aber noch auf eine dritte Weise wirkten die Lieferungen und Leistungen an die Entente auf den Notenumlauf und die Inflation steigend ein. Während sie nämlich die Geldproduktion in ganz ausserordentlichem Grade anregten, ist die Warenproduktion durch sie stark vermindert worden. Insbesondere die Zwangslieferungen an Kohle, die Deutschland durch das Abkommen von Spa und schon vorher auf sich nehmen musste, ferner die Beschränkungen hinsichtlich der Verwendung der obereschlesischen Kohlenproduktion, die ihm auferlegt wurde haben die Weiterverarbeitung der Herstellung von Halb- und Fertigfabrikaten in Deutschland in erheblichem Masse unter Druck gehalten. Produktionsbeschränkungen und Produktionsunterbrechungen in Industrie und Landwirtschaft. Hemmungen dieser Produktion durch die gleichfalls auf den Kohlenmangel zurückzuführende Unregelmässigkeit der Transportverhältnisse haben die Produktivität des deutschen Wirtschaftslebens in ausserordentlichem Umfange verringert. Sie haben den Wiederaufbau auf den meisten Wirtschaftsgebieten in seinen natürlichen und an sich nicht schwachen Triebkräften gedämpft. Die deutsche Ernte des Jahres 1920 ist hauptsächlich deswegen so kläglich ausgefallen, weil es an künstlichem Dünger und an der Möglichkeit fehlte, ihn rechtzeitig den Feldern zuzuführen. An beiden Umständen ist die durch die Zwangslieferungen ausserordentlich verschärfte Kohlenknappheit schuld. Die ungenügende Warenproduktion muss aber die inflationistische Wirkung, die von der vermehrten Geldproduktion ausgeht, noch steigern, denn das Preisniveau richtet sich nach dem Verhältnis, in dem die verfügbare Warenmenge zur gesamten Geldmenge steht, mit der die vorhandenen Waren gekauft werden können.

Die Form der Fragestellung, die die Sachverständigen von Brüssel gegenüber der deutschen Regierung gewählt haben, lässt darauf schliessen, dass sie diese zwingenden Zusammenhänge endlich begriffen haben. Es ist darum trotz des verzweifelten Widerstandes, den die französische Politik—gestachelte von den unreifen Vorstellungen und den noch immer nicht besänftigten Wallungen des französischen Imperial-Chaovinismus—einer sachlichen Lösung der Wirtschaftsfragen immer wieder entgegengestellt, zu hoffen, dass die Konsequenzen solcher Erkenntnisse schliesslich einmal und möglichst bald gezogen werden. Dass die Brüsseler Sachverständigen die zahlenmässigen Angaben, die von der deutschen Regierung über die Höhe der Belastung durch den Friedens-

vertrag gemacht worden sind einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen wünschen, erscheint durchaus gerechtfertigt. Die Punkte, die in dieser Hinsicht der Brüsseler Fragebogen enthält, können und sollen auf das ernsthafteste und genaueste geprüft werden. Gerade eine solche Prüfung muss ja, wenn sie die Richtigkeit der deutschen Angaben bestätigt, in sachlich unzweideutiger Weise die Frage klären, welche Lasten das deutsche Volk auf dem Gebiete der Wiedergutmachung tragen kann und welche Lasten umgekehrt die produktive Kraft so niederdrücken müssen, dass sie zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zur Eindämmung der Inflationstendenzen und zur Ansammlung von Produktionsreserven nicht mehr ausreichen.

(Schluss folgt)

Bekanntmachung

für in Litauen weilende deutsche Reichsangehörige, welche in Oberschlesien abstimmungsberechtigt sind.

Zur Abstimmung reisende Oberschlesier bedürfen für das Überschreiten der Reichsgrenze auf der Hin- und Rückreise weder eines deutschen Passes, noch eines deutschen Einreise- oder Ausreisepasses, sofern sie sich durch einen Personalausweis gemäss Artikel 25 der von der Interalliierten Regierungen- und Plebiszitiskommission für Oberschlesien erlassenen Abstimmungsvorschriften vom 30. Dezember 1920 als abstimmungsberechtigt ausweisen.

Kowno, den 27. Januar 1921.

Schönberg.

Deutscher Geschäftsträger für Litauen.

Aus dem Seim.

KOWNO, 7. 2. (Elta)

In der 60. Sitzung des Seims vom 4. Februar wurde in dritter Lesung das Gesetz über die Bekämpfung der Rinderpest und das Gesetz über die Benutzung öffentlicher Wege und Brücken angenommen. Beraten und in zweiter Lesung angenommen wurde ferner das Gesetz über die Mobilisierung von medizinischem Zivilpersonal. Nach Anhörung der Erklärung des Ministers des Äusseren entstand eine längere Debatte, in deren Verlauf folgender Schlussantrag angenommen wurde: „Der Seim stellt nach Anhörung der Erklärung des Ministers des Äusseren fest, dass die Führung der äusseren Politik des Kabinetts den Lebensinteressen der Republik Litauen entspricht und geht zur Tagesordnung über.“

Zu den Pariser Beschlüssen.

PARIS, 5. 2. (Elta)

Nach einer Lönner Radiomeldung nimmt die gesamte französische Presse einmütig Stellung gegen den Protest Deutschlands wegen der Beschlüsse der Pariser Konferenz und erklärt, dass nach der Rede des Aussenministers Simons im Reichstage es unbedingtes Erfordernis sei, alle Beschlüsse, die von den Mitgliedern der Entente einstimmig gefasst worden seien, rücksichtslos durchzuführen.

Nach Meinung der französischen Presse wird Deutschland sich dazu herbeilassen müssen, die Position der Entente anzuerkennen, und wird die Entschädigung zu bezahlen haben, die der Vorsitzende der deutschen Sachverständigenkommission in Brüssel, Bergmann, als annehmbar anerkannt habe.

Die Auffassung der Lage in Paris.

As. Berlin, 5. Februar. (Priv.-Tel.) Die Auffassung der Lage in Paris offizieller Kreise scheint ein Artikel des diplomatischen Mitarbeiters des „Petit Parisien“ wiederzugeben. Die deutsche Regierung habe danach noch keinen unwiderruflichen Entschluss gefasst, der Repräsentation herausfordere. Ueber die wahre Meinung der deutschen Regierung könne man zu einigen Schlüssen kommen wenn man höre, was Staatssekretär Bergmann vor seiner Abreise nach Berlin gesagt habe. Bergmann war ein Mann von Verstand und Fähigkeiten, der aus seinen Meinungen kein Hehl machte. Was die Deutschen ausser sich bringt, ist weniger die Höhe der Jahreszahlungen, als das Verlangen, dass sie auf 42 Jahre hinaus schwere Verpflichtungen annehmen sollten. Im Grunde würden sie das Prinzip und auch die Höhe der ersten 8 bis 10 Jahreszahlungen sich gefallen lassen, aber sie halten es für ausgeschlossen, auf ein halbes Menschenalter hindurch Versprechungen zu machen, die ihnen jetzt unausführbar erscheinen. Man müsse also die Bedingungen annehmen könnten und zu diesem Zweck nicht die Mittel des Zwangs, sondern der Ueberrückung versuchen. Es sei gar nicht unwahrscheinlich, dass die deutsche Regierung sich ein wenig zwingen lassen wolle.

Das „Journal“ gibt wieder, was eine deutsche Persönlichkeit, die der deutschen Regierung nahesteht, dem Berliner Korrespondenten dieses Blattes gesagt hat: Wir werden niemals die Bedingungen der Pariser Konferenz annehmen, wenn diese Verpflichtungen unerfüllbar sind; auch wenn wir Sklaven der Entente werden sollten. Wir hoffen fest darauf, dass wir in London zu einem Kompromiss kommen, wenn eine Einigung nicht bald möglich ist, so muss die deutsche Regierung zurücktreten und es der Entente überlassen, durch die ihr geeignet erscheinenden Mittel das Programm durchzuführen, dass sie ohne Deutschland zu hören aufgestellt hat.

Paris, 8. Februar. Ministerpräsident

Berliner Börse vom 7. Februar.

		Geld.	Brief.
London	1 Pfd. Stl.	241.55	241.75
New-York	1 Dollar	62.80	62.94
Amsterdam	1 Gulden	21.92	21.75
Stockholm	1 Krone (schwed.)	18.78	18.85
Kopenhagen	1 „ (dän.)	11.01	11.09
Zürich	1 Franc	10.11	10.11
Paris	1 „ (franz.)	4.40	4.41
Brüssel	1 „	—	—
Rom	1 Lire	2.25	2.28
Helsingfors	1 Mark (fina)	2.18	2.22
Warschau	1 „ (poln.)	6.61	6.63

Stand wird heute sowohl im Senat als auch in der Kammer über die Konferenz in Paris eine Erklärung abgegeben, die in dem heute stattfindenden Kabinettsrat inhaltlich festgesetzt wird. Hierauf sollen in der Kammer acht Interpellationen über die auswärtige Politik beraten werden. 19 Redner sind bisher vorgemerkt.

Truppenkonzentration für den Einmarsch?

Frank a. M., 5. Februar. Wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird, ist die Bevölkerung von Eupen und Malmédy und des besetzten Gebietes stark beunruhigt über fortwährende große Truppenzusammenziehungen der Belgier. Große Mengen von Geschützen und Kriegsmaterial werden in aller Eile nach dem Rhein transportiert. Diese Vorgänge bilden angeblich die Vorbereitungen der militärischen Massnahmen der Entente, die einen Druck auf Deutschland ausüben will, um es zur Annahme der Pariser Entschädigungsforderung zu zwingen. Auch wird der Umstand, dass sich auf den belgischen Stationen zur Zeit eine große Anzahl von Eisenbahnwaggons und Lokomotiven befindet, damit in Verbindung gebracht. Es habe den Anschein, als ob die Mobilisation bevorstehe.

Die italienische Kammer gegen die Pariser Beschlüsse.

ROM, 7. 2. (Elta) Nach einer Meldung der „Tribuna“ dieverwarftKommission für Auswärtige Angelegenheiten der italienischen Kammer einstimmig die Festsetzung einer 12 1/2 prozentigen Exportabgabe und betonte, dass die den Deutschen auferlegte Entschädigungssumme viel zu hoch sei.

Der deutsche Protest gegen die Beschlüsse von Paris.

BERLIN, 7. 2. Gestern fanden in Hamburg, München und Bremen große Protestkundgebungen aller bürgerlichen Parteien gegen die Forderungen der Entente statt. Sie waren von gewaltigen Menschenmengen besucht. Es wurde einmütig flammender Protest gegen den Versklavungsversuch der Entente erhoben.

Polen — Frankreich.

Filsudski in Paris.

LONDON, 5. 2. (Elta) Nach einer Meldung des Reuterschen Büros aus Paris traf Marschall Pilsudski am 3. Februar in

Paris ein und wurde vom französischen Ministerpräsidenten Briand empfangen, später auch von dem Präsidenten Millerand.

PARIS, 5. 2. (Elta)

Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ veranstaltete aus Anlass des Besuchs Pilsudskis in Paris der Senior der polnischen Kolonie in Paris, Baron Taube, ein Diner für die Vertreter der französischen und polnischen Presse. An dem Essen nahmen auch der Vizepräsident des Pariser Pressesyndikats, de Naleche, teil, dessen Ansprache in dem Wunsch gipfelte, dass die Freundschaft der französischen und polnischen Nationen, die von der französischen Presse glühend gefordert werde, sich ewig gestalten und gute Früchte zeitigen möge.

PARIS, 6. 2.

Gestern Abend ist in Namen der französischen und polnischen Bevölkerung vor der Abreise des Marschalls Pilsudski folgende gemeinsame Erklärung durch die Agence Havas verbreitet worden: die Redereien von Frankreich und Polen waren gleichmütig besorgt, um ihre eigene Sicherheit und um den Frieden von Europa sicherzustellen, abermals die Gemeinsamkeit der Interessen, die die beiden befreundeten Länder vereint anzuerkennen. Sie sind übereingekommen, ihren Willen kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen und zu diesem Zwecke für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Fühlung miteinander zu bleiben.

Die Mobilisierung der Arbeit.

MOSKAU, 5. 2. (Elta)

Nach einer Moskauer Radiomeldung wurde die Mobilisierung aller Kommunisten proklamiert, die für die Hebung der Landarbeit in den Gouvernements Moskau und Woronesch und Tambow herangezogen werden sollen. Der Stadtkreis Moskau soll mehr als 500 Personen stellen.

Die Mobilisierung der Kommunisten des Gouvernements Moskau ist der erste Schritt, den Ackerbau mit Agitationsmitteln zu heben. Die erste Aufgabe der Mobilisierten wird darin bestehen, sogenannte „Saatgesellschaften“ einzurichten.

Russisch-chinesischer Zwischenfall.

MOSKAU, 7. 2. (Elta)

Nach einer Moskauer Radiomeldung haben die Kosaken auf der Station Godekow den Chinesen 188 Pud Silber, das sie nach Chabin bringen wollten, abgenommen. Dafür haben die Chinesen die Waffentransporte nach Godekow aufgehalten.

Grosser Tumult im Danziger Parlament.

DANZIG, 3. 2. (Priv.-Tel.) Die heutige Sitzung des Danziger Volkstages endete unter grossem Tumult. Die bürgerlichen Parteien hatten beantragt, der Volkstag möge das Gebände des Generalkommandos, in dem der Freistaat tagte, räumen, um es wunschgemäß dem Oberkommissar, dem englischen General Haking, als Wohnung zur Verfügung zu stellen. Maßgebend für diesen Beschluss war die Erwägung, daß das Staatswohl des Freistaates höher stehen müsse als die Bequemlichkeit des Parlaments. Es sollte vermieden werden, mit dem Oberkommissar in dieser Frage in Konflikt zu kommen. Von einer Anrufung des Botschafterrates in Paris als Entscheidungsinstanz versprach man sich nichts. Zu einer Beschlussfassung über den Antrag der Bürgerlichen kam es nicht, da einer grosser Tumult einsetzte, den die Kommunisten inszenierten um die weiteren Verhandlungen unmöglich zu machen, weil sie sich durch Aeusserungen des Senats des Innern verletzt fühlten, der persönliche Angriffe seitens der Kommunisten aufs schärfste zurückgewiesen hatte. Nur mit Mühe konnte verhindert werden, dass die Kommunisten gegen die Mitglieder des Senates nicht tätlich vorgingen. Angesichts dieser grossen Erregung wurde die Beschlussfassung über die Räumung des Generalkommandos als Tagungsort des Parlaments bis zum nächsten Dienstag vertagt. Von der linken Seite des Hauses wurden die schwersten Beschuldigungen gegen den Oberkommissar erhoben, dass er das Generalkommando für sich in Anspruch nehmen und es nicht dem Freistaatparlament als Tagungsort übergeben wollte.

Aus Lettland.

RIGA, 5. 2. (Elta)

Nach einer Meldung der „Leta“ ernannte die Sowjetregierung Ilgin zum russischen Konsul in Libau.

Nach einer weiteren Meldung der „Leta“ begab sich der Kommissar der Sowjetregierung in Riga, Galetzki, von Riga nach Moskau, um mit Krassin und Kopp zusammenzutreffen und an den Beratungen über gewerbliche und Transit-Fragen teilzunehmen.

Der lettische Aussenminister Meyrowitsch begab sich von Paris nach Berlin.

Am 4. Februar kehrte aus Litauen die lettische Eisenbahndelegation zurück, welche über die Herstellung eines direkten Verkehrs zwischen Riga und Rēdtkūnen zu verhandeln hatte, wodurch eine unmittelbare Verbindung zwischen Deutschland und Lettland über Litauen geschaffen werden soll.

Der deutsche Vertreter in Riga teilte dem lettischen Aussenministerium offiziell mit, dass Deutschland Lettland de jure anerkennt.

Gerste Malz für Brauereien

Malztrank 46 o/o

Melasse- und Getreide Spiritus 95 o/o

Süsse kondensierte Milch

Weisser Syrup

Reis und Bruchreis

Reiner raffin. Schmalz und Rinderfett

Gesalzene Schweinsrücken

Jacht- Plock- und alle andere Wurst- und Fleischwaren

Oleostearin

Sonstige Lebensmittel

Zu hertigen Tiefpunktpreisen offeriert

BUYS'

Import- & Export Trading Corp.

Rotterdam-Leuvehaven 74

HOLLAND

OSTSCHAU 53

erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.

Herausgeber: KURD BORKOWITZ.

Königsberg Pr. Burgstr. 1/2.

Abonnementspreis für das Inland bei Postbezug 1,45 Mk monatl.

„Ausland“ 3,15 Mk

Inseratenpreise etwa 1/5 der übrigen Zeitungen.

Die „OSTSCHAU“ ist partei-politisch neutral. Sie sieht die einzige Möglichkeit des Aufbaues, der Weiterentwicklung Deutschlands in der Hebung der Arbeitsfreudigkeit und Steigerung der Produktion sowie in der Erschliessung der Oststaaten für den deutschen Handel und Industrie, in der materiellen und ideellen Durchdringung derselben.

Demzufolge ist die Tendenz des Blattes: Pflege des Handels mit den Oststaaten und Austausch der Geistesgüter, Einbeziehung der Oststaaten zum Wirtschaftskomplex Mitteleuropa und Aufklärung des deutschen Volkes über die Verhältnisse in ihnen. So will das Blatt mitwirken an der vornehmen Aufgabe der Versöhnung, des Glättens der gegenseitigen Reibungsflächen und der gegenseitigen Verständigung.

Wir suchen Verbindung mit Grossabnehmern und jüngeren rührigen

VERTRETER

für den provisions- und kommissionsweisen Verkauf von CITRONEN, Reis und sonstigen Lebensmitteln. Bewerbungen mit Referenzen erbeten an: Schultz & Sohn, Hamburg 1, Amsinckstr. 23. Obst, Südfrüchte, Landesprodukte und Delikatessen en gros.

MÖBL. ZIMMER GESUCHT

näheres in der Red. Lit. Rundschau Keistuicio g-é 4

Suche möbl. Zimmer bei deutscher Familie, Angebote Laisves Aleja 84, Adzgis.

Die Woche
Berliner illustr. Ztg.
Jugend
Simplizissimus
Kladderadatsch
Lustige Blaetter

Kinowoche
Buehne u. Film
Der Junggeselle
Die Dame
Elegante Welt
Mode u. Haus

Können SIE durch uns beziehen und vorrätig finden.

Bestellungen für SAEMTLICHE Bücher, Zeitungen u. Zeitschriften.

STETS DAS NEUESTE VOM BÜCHERMARKT.

Die Buchhandlung der „Litauischen Rundschau“

Ost-Export

Organ für den Warenaustausch zwischen Deutschland u. Osteuropa.

Verbreitungsgebiet: Finnland, Lettland, Litauen, Estland, Danzig, Memel, Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien.

Abonnementspreis Mk: 3—vierteljährlich.

BERLIN, W. 57 Bülowstr. 66.

Vertretung fuer Litauen

„Litauische Rundschau“ Kowno,

Keistuicio g-ve 4.